

Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist!

A) Die Welt in der Wir leben

„Die Grundvoraussetzung für den Fortschritt ist die Überzeugung, dass das Nötige möglich ist.“
(Norman Cousins)

Die Realität gibt uns die Möglichkeiten vor, aber wir müssen entscheiden, welchen der offenstehenden Wege wir einschlagen wollen. Die Politik wird für wirtschaftliches und gesellschaftliches Versagen verantwortlich gemacht. Anstatt nach Gründen und Lösungen für vorhandene Unzufriedenheit zu suchen, wird weiterhin an der neoliberalen Ideologie festgehalten und das Lied von Sozialstaatsmissbrauch, zu hohen Lohnnebenkosten und dem drohenden demographischen Wandel gesungen. Ansonsten wird sich auf die lahrende Weltkonjunktur berufen. Die Politik muss sich wieder Wege eröffnen um ihren Gestaltungsspielraum nutzen zu können. Derzeit findet in der politischen Diskussion aber nichts der gleichen statt, die Regierungskoalition beschränkt sich darauf die beschlossenen Reformen in der Umsetzung zu begleiten, die CDU beschäftigt sich mit sich selbst und gibt lediglich immer wieder zu bedenken, wie hinderlich Mitbestimmung und Kündigungsschutz seien. Die FDP bleibt bei ihrer bekannten Staatsverteufelung und die Grünen sind voll auf mit der Rehabilitation ihres Außenministers beschäftigt. Alle miteinander hadern sie über die steigende Arbeitslosigkeit, das fehlende Wachstum und versichern sich gegenseitig, wie wichtig doch die Bildung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist. Über allem schwebt Hartz IV und wird von den einen als die Lösung angepriesen und von den anderen als noch nicht weitgehend genug abgetan.

Die ökonomische Liberalisierung schreitet mit immer schnelleren Schritten in der globalisierten Welt voran. Die Kapital- und Aktienmärkte werden immer mehr zum zentralen Steuerungselement der Weltwirtschaft, Umverteilungseffekte von unten nach oben auf allen Ebenen werden verschärft und es entsteht zunehmend mehr unabgesicherte Arbeitsmarktflexibilität. Es kommt zur Konzentration wirtschaftlicher Macht, die nur einem Ziel dient, der Profitmaximierung.

Trotz anhaltender Dollarschwäche bleibt Deutschland Exportweltmeister, die viel herbeigeredete Unattraktivität des Standort Deutschland, ist durch einen weiteren Exportanstieg um 10% im Jahr 2004 wiederlegt. Die Standortschwäche wurde mit zu hohen Lohnnebenkosten und Steuern begründet. Entscheidend sind aber die Lohnstückkosten und im Jahre 2004 sind diese auf Grund von Lohnzurückhaltung und Senkung des Lohnkostenanteils um 1,3% zurückgegangen. Die durchschnittliche Steuerbelastung von Kapitaleinkünften in Europa liegt bei ca. 30%, mit 38% inklusive Gewerbesteuer liegt die Belastung in Deutschland zwar theoretisch über dem Durchschnitt, die tatsächliche Belastung ist aber nur 21%. Trotzdem bleiben nennenswerte Wachstumszahlen aus und

die Zahl der Arbeitslosgemeldeten ist im Januar erstmals über die 5.000.000-Grenze und im Februar sogar auf 5.200.00 gestiegen und alle warten nur auf das heilende Wachstum. In wie weit Wachstum überhaupt noch massive Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt bringen kann wird nicht diskutiert. Vielmehr werden in zukünftigen Wachstumsphasen soziale Unterschiede nur noch verstärkt werden weil die bildungsfernen Menschen in der Arbeitslosigkeit und im Niedriglohnsektor bleiben. Des Weiteren zieht jede Aufschwungphase auch eine Rationalisierungswelle nach sich. 2003 haben die börsennotierten unternehmen die größten Gewinne der Geschichte eingefahren und 2004 wurde dieses Ergebnis sogar noch einmal überboten, aber anstatt, dass neue Arbeitsplätze entstehen, werden bei der Deutschen Bank, Siemens und vielen anderen weitere Stellen wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert. Auch der Staat beteiligt sich am allgemeinen Arbeitsplatzabbau. Dies zieht unweigerlich einen wirtschaftlichen und damit verbundenen regionalen Strukturwandel nach sich. Nicht nur in Ostdeutschland nimmt die Zahl der Regionen zu, die von „Verödung“ bedroht sind. Durch hohe regionale Arbeitslosigkeit, wandern die jungen Gutqualifizierten ab und die öffentlichen Einnahmen und Angebote brechen ein. Es entsteht eine Abwärtsspirale, denn immer mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze verschwinden, so dass es in den betroffenen Regionen keine Perspektiven mehr für die Menschen gibt. Diesen ausblutenden Regionen stehen Ballungsräume mit funktionierenden Wirtschaftsklustern gegenüber, in denen der Strukturwandel geglückt ist. Sie sind die einzigen Bereiche, in denen noch neue Arbeitsplätze entstehen, können allerdings die große Zahl der wegbrechenden Industriearbeitsplätze nicht kompensieren. Ein weiteres Problem ist, dass sie nur sehr regional wirken und die erhofften Ausstrahlungseffekte bisher ausgeblieben sind.

Auch in Sachen Ausbildungsplätzen ist keine nachhaltige Besserung in Sicht. Die fällige Umlagefinanzierung wurde zu Gunsten des Ausbildungspaktes auf Eis gelegt. Der Ausbildungspakt ist und bleibt das was er ist: Ein Tropfen auf den heißen Stein. Die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft war nicht im Ansatz in der Lage, die Ausbildungslücke zu schließen. Heute sind immer noch mehrere zehntausend junge Menschen ohne Perspektive auf einen Ausbildungsplatz. Sich auf einem solchen „Erfolg“ auszuruhen und Entspannung zu verkünden ist deshalb Fehl am Platze. Rot-Grün hat nach wie vor keine nachhaltige Lösung zur Behebung der Lehrstellenkrise gefunden. Die Unternehmen entziehen sich weiter jeder Verantwortung und betreiben Statistik-Tricks auf dem Rücken der Ausbildungsplatzsuchenden. Bis dato wurden alle Zusagen, jeder junge Mensch kriege einen Ausbildungsplatz, schlicht gebrochen. Insbesondere der Berg von Jugendlichen in Warteschleifen muss reduziert werden. Die Zunahme von Praktika schafft keinerlei Ausweg aus der Situation.

Immerhin wurde mittlerweile allgemein anerkannt, dass es ein Nachfrageproblem in Deutschland gibt, unter dem nicht nur Einzelhändler und Dienstleister leiden. Die negative Nachfrageentwicklung ist kein neues Problem, es besteht seit Mitte der 80er Jahre und wurde lediglich durch den Wiedervereinigungsboom zwischenzeitlich überdeckt. Der allgemeine Nachfragemangel ist aber keineswegs nur ein psychologisches Problem, wie viele Politiker derzeit glauben machen wollen. Sicherlich gibt es eine Kaufzurückhaltung, aber nicht weil Geiz geil ist, sondern weil die Menschen keine Sicherheit mehr haben. Durch immer neue Abgaben, drohenden Arbeitsplatzverlust und Armut

steigt die Sparquote. Zwar hat die Bundesregierung durch die Steuerreform dafür gesorgt, dass viele Menschen mehr Geld haben, diese Effekte drehen sich aber in den unteren Einkommensgruppen durch die gleichzeitig inkrafttretenden Zuzahlungen im Gesundheitswesen, Krankengeld und Rente um. Reale Einkommensverbesserungen gibt es nur bei denjenigen mit höheren Einkommen, die aber nicht unmittelbar in den Konsum fließen. Des Weiteren wird die Nachfrage durch die immer weiter steigende Eigenvorsorgung negativ beeinflusst. Der Hauptgrund ist aber die sich immer weiter verschärfende Lohnzurückhaltung, die mittlerweile sogar zu Reallohnsenkungen geführt hat und die Zunahme an prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hinzu kommen durch die Maastrichtkriterien Sparzwänge, die vor allem die Sozialausgaben drücken. Durch weitere Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen werden die öffentlichen Investitionen zurückgefahren, sie liegen in Deutschland mit nur 1,5% des BIP 1% unter dem europäischen Durchschnitt.

Hartz IV ist in Kraft getreten und der Wirtschaftsminister verkündet den gelungenen Vollzug. Mit Hartz IV soll der aktivierende Sozialstaat mit dem Prinzip fordern und fördern umgesetzt werden, aber wie so oft, wirken die Forderungen sofort und die Förderung lässt auf sich warten. Anlaufschwierigkeiten mit dem Computersystem und den ersten Auszahlungen sind nur die geringsten Probleme. Trotz gegenteiliger Versprechen entstehen weitere Belastungen für die Kommunen, es herrscht ein riesengroßes Chaos bei den Zuständigkeiten und nur wenige Agenturen haben Arbeitsmarktprogramme aufgelegt. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe ist sicherlich ein richtiger Schritt, nur haben wir noch alle die Worte des Kanzlers im Ohr, nach dem die Zusammenlegung auf Sozialhilfeniveau unanständig sei. Der arbeitsfähige, alleinstehende Westdeutsche bekommt 345 Euro, im Osten liegt der Satz noch 12 Euro niedriger und pro Kind kommen 209 Euro hinzu. Somit sind Familien mit Kindern die größten Verlierer, es bekommen über 1,5 Millionen Kinder Leistungen auf dem Niveau von ALG II. Ehemalige Sozialhilfeempfänger bekommen monatlich mehr ausgezahlt, dies liegt aber nur daran, dass frühere Sonderleistungen pauschaliert wurden. ALG II-Empfänger und ihre Angehörigen werden zwar in die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung mit einbezogen, sie unterliegen somit aber auch allen Zuzahlungspflichten wie die übrigen gesetzlichen Versicherten. Auf Grund der Höhe von ALG II sind die erworbenen Rentenansprüche sehr gering, so dass sie auch im Rentenalter weiterer Sozialleistungen bedürfen. Das ALG II verhindert Armut nicht, sondern schreibt sie gesetzlich fest. Es erhöht die soziale Fallhöhe erheblich und weitet den Kreis der potenziell Betroffenen aus. Hartz IV ist besonders für diejenigen eine Bedrohung die schon etwas haben und Angst vor unverschuldeter Arbeitslosigkeit haben. Verstärkt wird die Bedrohung noch durch die strengen Zumutbarkeitskriterien, nach denen jede legale Arbeit oder Beschäftigungsmöglichkeit angenommen werden muss, wenn man nicht Leistungskürzungen in Kauf nehmen will. Die Voraussetzung für die Einführung einer fordernden Arbeitsmarktreform, ist das Vorhandensein von Arbeitsplätzen, in die vermittelt werden kann. Arbeitsmarktpolitik muss Sprungbrett und nicht Sackgasse sein.

Hartz IV ist mit der Einführung von Mini- und Midi-jobs der massive Einstieg in die Schaffung eines breiten Niedriglohnsektors, der als Lösung der Arbeitsmarktproblematik hochgejubelt wird. Er ist aber nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. Das soziale Ansehen wird größtenteils durch die

Erwerbsarbeit und Höhe des Einkommens erlangt. Beschäftigung im Niedriglohnsektor führt trotz Vollzeitbeschäftigung zu finanzieller Armut und geringer gesellschaftlicher Anerkennung. Durch die prekären Beschäftigungsverhältnisse wird die soziale Spaltung gefestigt und ausgeweitet. Des Weiteren haben sie einen negativen Effekt für die Sozialkassen, da auf sie keine oder nur geringe Sozialabgaben erhoben werden. Dies hat auch zur Folge, dass es immer mehr arbeitende Menschen gibt, die aber keine Versicherungsansprüche erwerben.

Armut wird zur deutschen Realität, wer dies bezweifelt, muss sich nur den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ansehen. Die Marktwirtschaft kann keine gerechten Verteilungsverhältnisse erzeugen. Die Schere zwischen Armen und Reichen öffnet sich immer weiter. Die Gründe für Armut sind vielseitig, aber es gibt besondere Risikogruppen. Dieses sind neben Geringqualifizierten vor allem Familien mit Kindern, wobei festzustellen ist, dass das Risiko mit der Zahl der Kinder steigt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende.

Arbeitslose und Alleinerziehende hatten noch nie eine besondere Lobby, aber auch die Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter verlieren an Einfluss und somit wird unser wichtigster Bündnispartner auch immer schwächer. Sie leiden unter der schlechten Lage am Arbeitsmarkt und der allgemeinen neoliberalen Hegemonie, nach der Arbeitszeitverlängerung und Lohnverzicht die einzigen Wege zur Arbeitsplatzsicherung sind. Die Niederlage im Kampf um die 35-Stundenwoche im Osten war nur der Auftakt, es folgten Siemens, Opel und VW, überall mussten die Gewerkschaften erhebliche Einschnitte hinnehmen und hatten Mühe ihr Gesicht zu wahren. Der Druck wird in den kommenden Jahren noch weiter zunehmen und es wird zu weiteren und noch schwereren Zumutungen für die Arbeitnehmer kommen. Man muss allerdings zwischen den Branchen unterscheiden, dies wird in der Debatte um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn deutlich. Die Regierung hatte ihnen Angeboten einen Mindestlohn einzuführen, wenn sie sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt hätten. Dazu ist es aber nicht gekommen, da insbesondere die IGM sich gegen diesen Eingriff in die Tarifautonomie wehrte und einen weiteren Lohndruck nach unten befürchtete. Verdi hingegen hätte die Einführung sehr begrüßt, da sie in vielen Bereichen nicht mehr in der Lage sind zufriedenstellende Tarifabschlüsse zu vereinbaren. Die größte Problematik an einem gesetzlichen Mindestlohn ist die Höhe, die bei einem festen Betrag von der jeweiligen Regierungsmehrheit abhängig ist. Die Diskussion scheint derzeit ohne Folgen zu verklingen, wird aber sicher in einiger Zeit wieder auf der Agenda stehen.

Auch in der Umweltpolitik ist zur Zeit ein klares Profil nicht erkennbar. Im Bund behindern Vertreter der Energiewirtschaft gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister die Weiterführung des Ökologischen Umbaus, wo sie nur können und in Niedersachsen ist der „Umweltminister“ Sander selber der Bremsklotz. Immer noch wird von nur wenigen Entscheidungsträgern begriffen, dass der ökologische Umbau unserer Gesellschaft nicht nur ein linkes Prestigeprojekt ist, sondern sich auch wirtschaftlich rechnet. Besonders im Bereich der Wind- und Solarenergie bietet der bisher gute Stand dieser Energieträger in Deutschland Chancen auch und gerade für strukturschwache Regionen. Die den erneuerbaren Energien eigene Dezentralität fördert zudem die Demokratisierung des Energiesektors.

Das Verhalten des „Umweltminister“ Sander in Bezug auf die Kürzungen bei der Förderung erneuerbarer Energien ist in sofern unverständlich und zeigt einmal mehr die himmelschreiende Inkompetenz des niedersächsischen Umweltministers.

Auf Grund der beschriebenen Entwicklungen ergeben sich weitreichende Folgen auf den Aufbau der Gesellschaft. Bildung und die sich daraus ergebenden Perspektiven im Erwerbsleben, ist die unverzichtbare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Auf Grund der mangelnden Durchlässigkeit im deutschen Bildungssystem reproduzieren sich Eliten in unserer Gesellschaft wieder. Es kommt zu einem Auseinanderdriften der Gesellschaft in doppelter Hinsicht: Geld und Bildung. Dies hat zur Folge, dass die einen ein immer stressigeres Leben mit hoher Arbeitskonzentration gerade in Zeiten der Kindererziehung haben und die anderen in Arbeitslosigkeit, Apathie und soziales Abseits verfallen. Weiterhin fallen alte Schichtbrücken weg, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und Vereine werden fast nur noch von der Mittelschicht getragen. Viele Arbeitslose engagieren sich trotz Freizeit nicht in ihnen. Es entsteht eine neue Unterschicht, sie setzt sich vor allem aus niedrig Qualifizierten und Ungelernten zusammen. Sie wächst ständig an, weil aus der Mittelschicht immer mehr nach unten wegbrechen. Sie werden vom Rest der Gesellschaft abgehängt und verlieren auch jeden Ansporn wieder aufzuschließen, da sie keine erstrebenswerten Perspektiven haben. Sie ziehen sich aus der Gesellschaft zurück, weil sie nicht mehr gebraucht werden. Früher waren sie Hilfsarbeiter und haben durch ihre Körperkraft ihren Lebensunterhalt und damit auch ihre Anerkennung verdient. Auch diese Gesellschaftliche Gruppe reproduziert sich zum größten Teil selbst. Die Frage für die Politik muss sein, wie dieser Kreislauf bei ihren Kindern durchbrochen werden kann. Dies ist eine Frage von Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik.

Die universale Begründung für alle Sparmaßnahmen und neuer Eigenvorsorge ist der demographische Wandel. Sicher die Gesellschaft wird immer älter und wandelt sich somit, aber das war schon immer so. Bedenkt man, dass vor 80 Jahren noch über 50% der Arbeitenden in der Landwirtschaft beschäftigt waren und heute nicht mal mehr 1%, müssten wir schon längst verhungert sein. Wir sind es aber nicht, da sich auch die Produktivität ständig erhöht hat. Eine ältere Gesellschaft ist nichts schlechtes, heißt es doch, dass die Menschen immer älter werden. Es gibt gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen, die einer anderen Organisation der Verteilung des Erwirtschafteten verlangen. In der derzeitigen Debatte wird aber mit dem Schlagwort der Generationengerechtigkeit nur jede weitere Zumutung für die heute Lebenden gerechtfertigt. Dies führt zur Polarisierung zwischen Alt und Jung, dies darf nicht der Ansatzpunkt für eine sozialistische Nachhaltigkeitspolitik sein. Die Grenze verläuft in unserer Gesellschaft nicht zwischen den Generationen, sondern innerhalb der Generationen zwischen Arm und Reich, schließlich werden nicht nur die Schulden vererbt, sondern auch die Ansprüche. Der demographische Wandel eröffnet auch neue Möglichkeiten und Wachstumsbranchen. Die 68er Boomgeneration hat immer eine trendsetzende Rolle gespielt und wird auch mit zunehmendem Alter ihre geänderten Bedürfnisse nachfragen, da sie einen erheblichen Anteil an der Bevölkerung stellt und die Generation mit dem meisten Geld ist. Die Debatte um den demographischen Wandel spiegelt sich derzeit vor allem auf die beiden Themen Sozialstaat und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kein anderes Politikfeld ist so umstritten wie die Sozialstaatspolitik. Dementsprechend gehen die verschiedenen Forderungen auseinander. Das Spektrum beginnt bei Verteidigungskämpfern, die das bisherige Bismarcksche Modell in weiten Teilen beibehalten wollen, bis hin zu den Liberalen, die die Leistungen des Sozialstaats weitestgehend privatisieren wollen. Fakt ist, wir brauchen den Sozialstaat, aber er muss den Gegebenheiten angepasst werden. Im Bismarckschen Sozialstaat wird die Solidarität unter den Arbeitenden organisiert, dies ist auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr durchzuhalten. Die Renten wurde in den vergangenen Jahren gekürzt und durch staatlich geförderte Eigenvorsorge ergänzt, der erste Schritt aus der paritätisch finanzierten Sozialversicherung. In Folge der immer häufiger vorkommenden brüchigen Erwerbsbiographien und einem wachsenden Niedriglohnsektor haben immer mehr Menschen nur sehr geringe Rentenansprüche und es wird neue Altersarmut entstehen. Die Pflegeversicherung kann ihre Aufgaben nicht erfüllen, sie hat ein akutes Finanzierungsproblem und kann keine hinreichende Pflege für alle Bedürftige garantieren. Mehr als 1/3 aller stationär betreuten Pflegebedürftigen braucht noch weitere Sozialleistungen. Die Gesundheitspolitik war in den letzten Jahren von neuen Zuzahlungen und Streichungen des gesetzlichen Leistungskatalogs bestimmt. Unmittelbar nach der letzten Gesundheitsreform wurde eine neue Finanzierungsdebatte angestoßen, die in der Kontroverse Bürgerversicherung versus Kopfpauschale gipfelte. Sowohl aus Gründen der Gerechtigkeit, als auch der Praktikabilität kann nur das Modell der Bürgerversicherung infrage kommen. Es gilt noch zu klären, in wie weit dieses Prinzip auch auf andere Sozialversicherungen übertragen werden kann. Aus der SPD heraus kam in den letzten Monaten immer wieder der Vorschlag, weitere Leistungen aus den Sozialversicherungen auszugliedern und sie durch Steuern zu finanzieren, dabei wurde meistens eine Mehrwertsteuererhöhung ins Spiel gebracht. Zu bedenken ist dabei, dass eine umfassende Umstellung auf Steuerfinanzierung nur bei weiterem Leistungsabbau zu verwirklichen ist und das Finanzaufkommen für soziale Leistungen von der jeweiligen Regierung und Haushaltslage abhängig ist. Außerdem wäre gerade eine Mehrwertsteuererhöhung sehr negativ für die Nachfragerwerte und würde insbesondere die niedrigen Einkommensgruppen belasten.

In der allgemein vorgebrachten Forderung nach mehr Gebehrfreudigkeit sind zwei Fehlleistungen enthalten. Zum ersten meinen sie nicht die allgemeine Förderung des Kinderwunsches, sondern eine Erhöhung der Geburtenrate bei Akademikerinnen. Zum zweiten verkennt diese Forderung die Ansprüche junger Frauen. Aufgabe des Staates ist es nicht für Frauen nur das Kinderkriegen attraktiv zu machen, sondern ihnen sowohl die Möglichkeit zur freien Entscheidung für die Familie ohne berufliche Nachteile, als auch die Konzentration auf die Karriere. Nichts desto trotz müssen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausgeweitet werden, schon alleine der Kinder selbst wegen. Die Vererbung des sozialen Status hat seine Ursache auch darin, dass die Erziehungsrecht der Eltern in Deutschland so groß wie nirgends sonst in Europa ist. Deshalb muss die vorschulische Bildung ausgebaut werden, denn Bildung kann sozialen Aufstieg nicht garantieren, aber keine Bildung garantiert sozialen Abstieg. Nach wie vor werden Frauen in vielen Bereichen des Lebens benachteiligt, sie haben oftmals noch nicht die gleichen Möglichkeiten, wie gleichgut ausgebildete Männer. Sie sind zwar heute ebenso gut, oder oft auch noch besser qualifiziert, aber trotzdem sind sie

in den Führungspositionen der Wirtschaft und der Politik unterrepräsentiert. Auch gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch keine Selbstverständlichkeit. Das auf den Weg gebrachte Antidiskriminierungsgesetz muss umgesetzt werden. In den letzten Jahren haben sich die Ansprüche an die Familien und die Kindererziehung, im Verlaufe des gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels verändert. Trotzdem beschränkt sich Gleichstellungspolitik momentan auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sprich Kinderbetreuung.

Überall und über alle Parteien hinweg hört man, welche enorme Bedeutung Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hat. Umso erschreckender ist es, wenn man die derzeitigen Streitigkeiten in Sachen Bildung betrachtet. Immerhin lässt sich feststellen, die Fronten bei diesem Thema zwischen SPD und CDU geklärt sind. Ganztägiges und möglichst lange gemeinsames Lernen auf der einen Seite und auf der anderen das längst überholte dreigliedrige Schulsystem. Spätestens seit PISA muss jedem klar sein, dass Bildung in Deutschland abhängig vom sozialen Stand der Eltern ist. Vor diesem Hintergrund muss man der CDU vorwerfen, dass sie Durchlässigkeit im Bildungssystem verhindern will. Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen und vor allem der unsäglichen Forderung nach Studiengebühren, wird Bildung noch mehr vom Geldbeutel der Elter abhängig.

Im Saarland ist die NPD noch mit 4% an den der Fünfprozentklausel gescheitert, aber nun sitzen NPD und DVU in viel zu großer Zahl in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen. Die Fragen sind, welche Gründe gibt es für deren Erfolg und welche Gefahr droht der Demokratie von Rechts. Ihre Erfolge können nur erklärt werden, wenn man sich darüber bewusst ist, dass die Demokratie an sich infrage gestellt wird. Dies macht die NPD im sächsischen Landtag gerade erschreckend deutlich. Sie stören sich nicht daran den Bombenangriff auf Dresden als Holocaust zu bezeichnen und die Einführung eines Rückführungsbeauftragten zu fordern. Viele Menschen haben existentielle Ängste und trauen den Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr zu, die derzeitigen Probleme zu lösen. Außerdem wurden durch unsäglich geführte Diskussionen, wie über den EU-Beitritt der Türkei, die Doppelte Staatsbürgerschaft, Müllemanns Antisemitismus, Stoibers unverantwortlichen Beschuldigung der Regierung mit dem Arbeitsmarktversagen die Menschen zu den Rechten zu treiben oder Hohmanns Tätervolk, viele Themen enttabuisiert und so den Rechten Parolen der Weg in die öffentliche Diskussion geebnet. So berechtigt auch viele Kritik an den Sozialreformen ist, so schädlich war auch die breite fundamentale Forderung, alle Reformen zurückzunehmen. Die Rechten sind auf diesen Zug aufgesprungen und haben es bei ihren Wählern geschafft, die soziale Frage für sich in Anspruch zu nehmen. Die Wähler der Rechten sind auch keine einfachen Protestwähler, die sich bisher auf den linken Rand und die Wahlenthaltung zurückgezogen haben. Die heutigen Wähler von DVU und NPD werden beim nächsten mal nicht einfach wieder auf demokratische Parteien umschwenken. Ihre Wähler sind enttäuscht von den anderen Parteien, aber sie sympathisieren auch mit den verachtenswert fremdenfeindlichen und nationalen Ideologien der Nazis. Es stört sie auch nicht, dass sie durch die Gesellschaft geächtet werden, da sie sich, auf Grund ihrer Arbeitslosigkeit und Ausgeschlossenheit, oft schon gar nicht mehr als deren Teil fühlen. Das Wählerpotential wird von einigen Wissenschaftlern auf 10-15% geschätzt. Besonders bedrohlich ist auch ihr Ergebnis bei

Erstwählern, es ist sehr fraglich, ob sie wieder für die Demokratie gewonnen werden können. Auch die NPD selbst hat sich gewandelt, in der Selbstgewissheit nach dem fehlgeschlagenen Verbotsantrag arbeiten sie nun offen mit gewalttätigen Neonazigruppen zusammen und bilden gezielt Kader heran. Sie haben ihr Hinterzimmerimage abgelegt und treten offen als „gute und volksnahe“ Bürger auf. Um so schlimmer ist es, dass ihnen in Sachen der Jugendausschuss zugeteilt wurde.

Viele Probleme und keine zufriedenstellenden Lösungen sind in Sicht. Aber nicht nur die Politik scheint überfordert, auch die linke Wissenschaft bietet keine neuen Antworten.

B.) Die alte Dame, Mutter Partei

Der 20. Februar 2005 sollte zeigen, dass die SPD wieder Wahlen gewinnen kann. Es war die Landtagswahl in Schleswig Holstein. Aber anstatt eines eindeutigen Sieges von Heide Simones, musste bis Mitternacht gezittert werden und nur mit der Duldung durch den SSW konnte Heide Ministerpräsidentin bleiben und die Partei kam mit einem blauen Auge davon. Die Partei war den Demoskopen gefolgt und glaubte an die Trendwende. Die steigenden Umfragewerte der letzten Monate auf Bundesebene haben die neue Hoffnung auf einen erneuten Bundestagswahlsieg 2006 hervorgerufen. In der Presse und Kreisen der Parteiführung wurde dieser Wandel auf das festhalten an den Reformen der Agenda 2010 und die starke Hand des Kanzlers zurückgeführt. Wahrscheinlicher ist aber, dass die besseren Werte für die Regierungskoalition der Schwäche der CDU geschuldet sind und dass die SPD auch wieder mit sozialen Themen, wie der Bürgerversicherung positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Aber Anstatt mit weitere Projekte dafür zu sorgen, dass die Partei wieder ihre Stärke, die soziale Kompetenz zurückerlangt, wird die Regierungspolitik darauf beschränkt, Hartz IV umzusetzen. Wenn es dann doch zu Ausblicken in die Zukunft kommt, setzt sich die bekannte Spardebatte durch und es werden neue Reformen zum Abbau in Aussicht gestellt.

Die Opposition und ihre Verbündeten in Wirtschaft und Presse hingegen drängten zu weitergehenden Einschnitten in dieselbe Richtung. Egal wie tief der letzte Einschnitt in den Sozialstaat auch gewesen ist, CDU/CSU und FDP fordern weitergehende Sparmaßnahmen. Wirkliche Vorhaben zu Veränderungen, die in eine vernünftige Richtung zielen werden von ihnen im Bundesrat blockiert. Somit bleibt die neoliberale Sachzwanglogik die bestimmende Kraft in Deutschland. Die Partei versäumt weiterhin das Aufzeigen von linken Alternativen, um an eigenem Profil zu gewinnen. So verstärkt sich in weiten Teilen der Bevölkerung der Eindruck des politischen Einheitsbreis in Berlin. Das einzige Argument, das Ihnen blieb, war schließlich, dass alles im Falle eines Machtwechsels unter der CDU „noch ein bisschen schlimmer“ werden würde. Nur bei sehr wenigen Themen gelingt es noch, deutliche Unterschiede aufzuzeigen. Sie beschränken sich auf die betriebliche Mitbestimmung und die Bürgerversicherung.

Des Weiteren litt gerade die SPD unter der Diskussion über die Nebeneinkünfte von Politikern. Sicher wurden die Nebeneinkünfte einiger durch gezielte Kampagnen künstlich skandalisiert, aber

man muss zwischen den einzelnen Fällen scharf unterscheiden. Jeder Abgeordnete der meint, neben seiner politischen Tätigkeit noch andere berufliche Aktivitäten haben zu müssen, soll verpflichtet werden dies mit der Höhe seiner Einkünfte offen zu legen, damit für den Wähler klar ersichtlich ist, welche Abhängigkeiten bestehen. Bezahlung darf auch nur im angemessenen Rahmen für die geleistete Tätigkeit erfolgen, leider war dies auch bei einigen Sozialdemokraten nicht der Fall.

Die Probleme der Partei beschränken sich allerdings bei Weitem nicht nur auf eine drohende Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2006, sie sind wesentlich schwerwiegender und betreffen die Struktur und Zustand der Partei von Grund an. Am deutlichsten wird dies, wenn man sich Mitgliederentwicklung und die Funktionsfähigkeit der noch vorhandenen Ortsvereine ansieht. Die Partei zählt nur noch gut 650.000 Mitglieder und ist damit nicht mehr die größte Partei in Deutschland. Aufgrund des Durchschnittalters von 55 Jahren ist ein weiterer massiver Schwund abzusehen. Immerhin werden diese Schwierigkeiten mittlerweile wahrgenommen, aber wie wird darauf reagiert, es werden Neumitgliederwerbemaßnahmen mit mäßigem Erfolg durchgeführt und eine Parteireform vorbereitet. Bei dieser Reform setzt sich fort, was man in den letzten Jahren Regierungspolitik gesehen hat, wie kann man sparen, sparen und nochmals sparen. Es erfolgen regelmäßig die Lippenbekenntnisse, wie wichtig doch die Jugend sei aber die Konsequenz daraus geht in eine andere Richtung. Es droht die Abschaffung der Jusos-Mitgliedschaft und somit das Wegbrechen vieler aktiver Jusos.

Die Partei wurde über die letzten Jahre von denen dominiert, die Ende der 60er und in den 70er Jahren eingetreten sind. Seit 1998 ist diese Generation an der Macht und sie hat enttäuscht. Sie ist angetreten, um durch die Institutionen zu gehen und die Welt zu verändern. Doch bald standen sie vor der Regierungsrealität und mussten die Erkenntnis verkraften, dass die Ideen aus ihrer Jugend zum Politikmachen nichts taugen. Die Generation hat sich gespalten in jene, die nun mit der Macht da stehen und nicht wissen, wie sie vernünftig genutzt werden kann und diejenigen, die davon enttäuscht sind. Sie sind davon überzeugt, dass sie es viel besser machen könnten, aber es selbst nicht an die Macht geschafft haben. Sie sind die alten Funktionäre der unteren Ebenen und Kommunalpolitiker. Immer mehr von ihnen kehren der Partei frustriert den Rücken zu. Einige von ihnen haben mit Gewerkschaftern und linken Splittergruppen die neue Linkspartei ins Leben gerufen. Dies kann und darf kein Weg sein, denn jede Spaltung der Linken hat nur zu ihrer weiteren Spaltung geführt. Es darf keinen Raum der Zusammenarbeit mit der neuen Linkspartei geben, den egal wie schwach die Partei auch gerade dar steht, sie ist die einzige, von der aus auch wieder progressive Veränderungen organisiert werden können.

Diese beiden Gruppen bestimmen noch das Bild der SPD, obwohl momentan die Gruppe der Neumitglieder unter 30 den größten Wachstum verzeichnet. Die eine Seite, die Älteren, beharren auf ihren festgefahrenen Vorstellungen und versteifen sich auf Protest oder treten aus der Partei aus, viele andere beugen sich der die Gesellschaft beherrschenden Hegemonie des Neoliberalismus.

Das Ende dieser beiden Gruppen ist abzusehen, sie werden mit dem Verlust der Regierung schnell an Bedeutung verlieren und in das Lager der beobachtenden Politrentner wechseln.

Wenn man die Personalentwicklung auf Bundesebene schon als problematisch ansieht, verschärft sie sich noch um einiges, wenn man die Situation in Niedersachsen betrachtet. Immer wieder brechen die alten Streitigkeiten der Bezirke untereinander auf. Außer dem Fraktionsvorsitzenden gibt es keinen im Land, der öffentliche Wahrnehmung genießt und gegen die CDU/FDP-Regierung angehen kann. Die Fraktion hat lange gebraucht, um ihre Rolle als Opposition zu finden. Das System Wulf, in dem er andere mit neuen Zumutungen nach vorne schickt und selbst dann honorig einen Teil wieder zurücknimmt, funktioniert. Wir haben in Niedersachsen derzeit weder das Personal, noch die eigenen Themen, um der Koalition entgegen zutreten, so dass kaum Aussicht auf einen Landtagswahlsieg 2008 besteht.

Aber was kommt danach? Unsere Antwort darauf kann nur WIR heißen. Wir werden aber nicht erfolgreich sein, wenn wir einfach nur die freiwerdenden Funktionen übernehmen und fortführen, was unsere Vorgänger getan haben. Wir müssen uns darüber klar werden, was wir mit der SPD erreichen wollen und wie wir diese Ziele umsetzen können.

Gerade in der Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD wird deutlich, welche entgegengesetzten Positionen innerhalb der Partei vertreten sind. Mit dem Ergebnis wird das Selbstverständnis der Partei für die nächsten Jahre bestimmt. Wie gravierend dieses Ergebnis ist, wird klar wenn man sich die grundsätzlichen Konfliktlinien anschaut. Es geht um Freiheit und Eigenverantwortung oder um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, um Beschränkung auf Chancengesellschaft oder das Schaffen realer Möglichkeiten für alle durch Bildung, Sozialstaat und Umverteilung und was für einen Staat wir wollen, einen eingreifenden und steuernden oder einen sich immer weiter zurückziehenden. An diesen Unterschieden entscheidet sich auch, ob wir zukünftig noch einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch haben, oder ob wir uns nur noch auf eine hinreichend große Klientel für Wahlsiege beschränken. Unsere Position ist klar.

Die SPD war immer eine Emanzipationspartei, in ihr haben sich die gesellschaftlichen Kräfte gesammelt, die den sozialen Aufstieg anstrebten und auch die Fähigkeiten dazu hatten. Die SPD hat immer Mehrheiten gewonnen, wenn die Konservativen solange an der Macht waren, dass sozialer Aufstieg fast unmöglich wurde. Und sie verlor sie wieder, wenn die Aufstrebenden an ihrem Ziel ankamen und selbst die Beibehaltung der Verhältnisse für sich als Vorteil sahen. 1998 war wieder ein Punkt erreicht, an dem wieder genug ihre Aufstiegschancen von der Regierung Kohl gefährdet sahen und somit den Wechsel herbei führten. Nur wurden sie diesmal enttäuscht, denn die Regierung Schröder setzte die Politik ihrer Vorgänger in weiten Teilen fort und die Reformen schufen nicht neue Möglichkeiten, sondern für viele wurde der soziale Abstieg zur Bedrohung. Folglich ist die entscheidende Frage für die Sozialdemokratie, wie wir wieder neue soziale Mobilität erzeugen können.

C.) Das sind wir

Wir sind die Jusos, Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, unser Anspruch ist mehr als bloße Nachwuchsorganisation in der Partei zu sein. Unser Ziel ist es, unsere Ideen in die Partei hinein zu tragen und in unserer Generation Mehrheiten für unsere Positionen zu finden. Nur wenn man mit uns Inhalte und Kompetenz in Verbindung bringt, können wir Einfluss nehmen und die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus, ausgehend von unserer eigenen Partei brechen. Unsere Stärke der Entwicklung eigener Alternativkonzepte beruht auf der Überzeugung, die Wege nach einer aktuellen Analyse der Umstände auszurichten und dabei unseren Prinzipien und Grundwerten zu folgen. Deutungshoheit in den Debatten kann man aber heute nicht mehr nur durch die besseren Argumente gewinnen. Es müssen Strategien zum Verkaufen der Botschaften entwickelt werden, die sowohl die Genossinnen und Genossen überzeugen, als auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden

Aber in wie weit können wir diesem Anspruch überhaupt noch gerecht werden?

Wir Jusos bilden derzeit 8% der SPD-Mitglieder, stellen aber einen der Aktivposten innerhalb der Partei dar. Blicke noch bis vor einigen Jahren die Aktivenzahl trotz sinkenden Zahlen der absoluten Mitglieder relativ konstant, so muss man jetzt feststellen, dass in vieler Bereiche nun auch die Aktivenzahlen einbrechen.

Wir Jusos stehen in kritischer Solidarität zur Partei. In der politischen Diskussion hat man die zwei Möglichkeiten, sich entweder an bestehende Mehrheit anzulehnen, oder durch eigene Erkenntnisse alleine stehen zu lernen. Der zweite ist sicher der schwierigere, aber muss der unsere sein. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass der derzeitige von der Bundesregierung gefahrene Kurs alternativlos ist. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, alle Positionen der Partei kritisch zu hinterfragen und wir streiten uns mit der Partei, wo immer es notwendig ist.

Die Jusos befinden sich in einem tiefgreifende Umbruch und dieser spiegelt sich besonders in unserem Bezirk Braunschweig wieder. Wir sind einer der kleinsten Bezirk im Verband und deshalb sind Veränderungen im Verband bei uns früh zu erkennen.

Der Verband wird immer jünger, viele bleiben nur für ein bis drei Jahre bei den Jusos. Dahingegen hat sich die Generation 28 bis 35 Jahre fast vollständig aus dem Verband entfernt. Dies hat erhebliche folgen auf die Art und Weise der Politisierung der Jusos Diese Entwicklung bietet sowohl neue Chancen, aber auch einige Risiken. In vielen Bereichen gibt es keine Konstanz in der Arbeit und es erfolgen ständige Generationenwechsel. Durch die große Fluktuation werden immer wieder neue Ideen und Themen in den Verband getragen. Allerdings ist es kaum noch möglich, den erreichten Diskussionsstand zu erhalten, so dass viele Diskussionen immer wieder neu geführt werden und bestehende Erkenntnisse verloren gehen, mit ihnen nimmt auch ein Teil des sozialistischen Selbstverständnis ab. Jusos haben sich immer als kritischer Teil der Sozialdemokratie gesehen, die

den neoliberalen Sachzwangargumentation nicht folgen und nach alternativen linken Konzepten suchen. In vielen Bereichen haben sich die Ansprüche der Jusos an politische Arbeit gewandelt, es geht nicht mehr um die Suche nach neuen Wegen, sondern um Politikkonsum. Trotz des immer schneller fortschreitenden Umbruch kann man nach wie vor ein linkes Selbstverständnis bei den Jusos feststellen, dieses entspringt aber nicht aus gefestigten theoretischen Grundlagen, sondern oftmals aus dem Bauch.

Des Weiteren konzentriert sich die Arbeit auf immer weniger Schultern, das Kernproblem ist nicht der Aktivenrückgang, sondern die fehlenden Funktionäre. Überall wo noch von einigen die organisatorische Arbeit getragen wird, kommen auch immer wieder neue Jusos dazu und die Aktivenzahlen gehen nicht zurück. Das Fehlen der Funktionäre ist aber nicht nur dem Wandel der Verbandsstruktur zuzuschreiben, sondern gerade auch den Personalproblemen der Partei geschuldet. Immer häufiger und schneller müssen Jusos schon kurz nach ihrem Einstieg Funktionen innerhalb der Partei und der Kommunalpolitik übernehmen, was nicht unbedingt schlecht sein muss. Wir gewinnen so immer mehr direkten Einfluss in der Partei, problematisch ist nur, dass uns noch ein Konzept fehlt was genau wir mit diesen neuen Möglichkeiten anfangen sollen. Es hat wenig Sinn, angesichts der rasanten Veränderungen einfach fortzusetzen, was unsere Vorgänger in den Ortsvereinen und Unterbezirken getan haben.

Es sind nun gut neun Monate seit der Bezirkskonferenz in Vechelde vergangen. Die Ereignisse auf der Beko waren ein Zeichen von Unzufriedenheit vieler über die Arbeit des vorigen Vorstandes. Der neue Bezirksvorstand sollte dies ändern. Dafür wäre es nötig gewesen, dass die Kritiker ihre Ansprüche an den Bezirk formuliert hätten. Aus den Ubs gab es allerdings keine Impulse zu neuen Arbeitsformen. Dies hatte zur Folge, dass wieder nur der Bezirksvorstand von sich aus Angebote für die Mitglieder schaffte. An der Annahme dieser Angebote kann man den Zustand des Jusos-Bezirks Braunschweig ablesen.

Es gibt wenige funktionierende Ubs, einige die noch arbeiten und viel zu viel, die nicht mehr bestehen. Es ist und bleibt eines der größten Probleme, dass weder der Kontakt aus den Ubs zum Bezirk, noch die Koordination der Ubs untereinander funktioniert. Obwohl gerade zu Zeiten fehlender Arbeitskapazitäten eine vernünftige Aufgabenteilung angemessen wäre. In Folge dessen nimmt auch die Mobilisierungsfähigkeit immer weiter ab. So wird die Absage von Veranstaltungen und Seminaren immer mehr zum Regelfall, als die bedauerliche Ausnahme. In vielen Bereichen gibt es nicht einmal mehr eine Rückmeldung auf Einladungen und Anfragen.

D.) Bis zur Revolution müssen wir noch...

Es liegen zahlreiche Probleme an, für die wir Antworten von links geben müssen. Einige sind für uns klar, für viele haben wir vernünftige, aber noch nicht ausreichende Ansätze und für manche müssen wir noch Lösungen finden. Diese Ansätze gilt es neu zu benennen, weiterzuentwickeln und

den gegebenen Umständen anzupassen. Aus Erfahrung wissen wir, dass es uns nicht gelingen wird, die Welt auf Anhieb so zu gestalten, wie wir sie haben wollen. Deshalb bleiben wir bei unserer Methode, sowohl dringende kurzfristige Reformen zu fordern, die auch Chancen haben zeitnah umgesetzt zu werden, mittelfristige Perspektiven aufzuzeigen um die Richtung der Politik zu verändern, als auch langfristige linke Lösungen anzubieten. Dabei kann man kein politisches Thema isoliert betrachten, alle Bereiche gehen in einander über und stehen in enger Abhängigkeit zueinander. Die entscheidenden Bereiche sind für uns Arbeit, Wirtschaft, Sozialpolitik und Bildungsentwicklung.

1. Arbeit und Wirtschaft

Das größte Problem in Deutschland ist die derzeitige strukturelle Massenarbeitslosigkeit, aus resultiert auch ein immer weiter steigender Mangel an Ausbildungsplätzen. Nur noch knapp 20% aller Betriebe in Deutschland bilden überhaupt noch aus. Auszubilden ist aber nicht nur eine gesellschaftliche Verpflichtung der Unternehmen, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Schon in wenigen Jahren werden die starken Jahrgänge in Rente gehen und auf dem Arbeitsmarkt wird ein Fachkräftemangel entstehen. Wenn die Wirtschaft ihren Verpflichtungen nicht nachkommt muss der Staat eingreifen. Wir können uns nicht noch einen weiteren Jahrgang ohne genügend Ausbildungsplätze leisten. Wir Jusos haben uns lange für das Ausbildungsplatzsicherungsgesetz eingesetzt. Dies haben wir getan, weil es unser Ziel war, dass jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz erhält. Stattdessen wurde ein wenig verbindlicher Pakt für Ausbildungsplätze geschlossen. Die Unternehmer und der Bundeswirtschaftsminister feiern diesen Pakt als einen großen Erfolg. Zwar die Zahl der Ausbildungsverträge erstmals seit vielen Jahren nicht mehr gesunken, allerdings verbleiben immer noch ca. 30.000 Jugendliche ohne Ausbildung und viele andere warten außerhalb der Statistik in Praktika und anderen Warteschleifen. Von den Jugendlichen, die vergangenes Jahr keinen Ausbildungsplatz gefunden haben wurden noch $\frac{3}{4}$ vermittelt, allerdings nur 10% von ihnen in eine richtige Ausbildungsstelle. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage fest, bei die Unternehmen Zahlen, die ihrer Verantwortung zum Ausbilden nicht nachkommen und diejenigen unterstützt werden, die über die Maßen ausbilden. Die Frage der Ausbildungsplätze darf sich aber nicht auf ihre bloße Anzahl beschränken. Ebenso wichtig ist die Qualität, den nur gut Ausgebildete haben eine vernünftige Zukunftsperspektive und können den immer komplizierter werden Ansprüchen, einer auf Innovation ausgerichteten Arbeitswelt, genügen.

Alleine durch die bisher durchgeführten Reformen von Rot-Grün wird es keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben. Durch Lohnzurückhaltung, Erleichterungen für Unternehmen und immer weitere Einschnitte in die ArbeitnehmerInnenrechte steht die Exportbranche nach wie vor stark dar. Die dort schwindenden Arbeitsplätze sind vor allem der technischen Innovation geschuldet. Das wahre Problem besteht auf dem Binnenmarkt, des Schwäche vor allem auf den massiven Nachfrageschwund zurückzuführen ist. Wir wollen einen Staat, der dort nicht tatenlos zuschaut, sondern eingreift. Durch die Sparmaßnahmen nimmt sich der Staat jeden Handlungsspielraum und verliert weiter an Macht. Sicher, die Haushalte müssen saniert werden, aber nicht in Krisenzeiten, denn dann wird die Lage nur weiter verschärft. Es ist daher unumgänglich den Wachstums- und

Stabilitätspakt von Maastricht am Wachstum und nicht an der Schuldenquote auszurichten. Des Weiteren muss die EZB von ihrem alleinigen Ziel der Geldwertsicherung abweichen. Neben dem Lohnrückgang und sinkenden Sozialleistungen ist ein Hauptgrund auch die schrumpfenden Investitionen der öffentlichen Hand. Besonders die Kommunen stehen finanziell schlecht dar und werden zu immer mehr Sparmaßnahmen gezwungen. Dadurch fallen nicht nur freiwillige Leistungen weg, sondern die bereits bestehende Infrastruktur droht zu zerfallen. Deshalb muss es umgehend ein Investitionsprogramm für die Sanierung von öffentlichen Einrichtungen geben, das nicht an Zuzahlungen seitens der Kommunen gebunden ist. Des Weiteren muss es gelingen, den Kommunen sichere Einnahmen zu ermöglichen, die Gemeindefinanzreform des letzten Jahres reicht hierfür nicht aus. Stattdessen kommen immer weitere Belastungen hinzu, wie zu letzt durch Hartz IV, da das Land die finanzielle Entlastung nicht nach unten gibt.

Grundsätzlich wollen wir an dem bewährten Mischsystem der eigenen Kommunalsteuern ergänzt um Steueranteile an der Bundessteuern sowie die Zuweisungen insbesondere aus den Gemeindefinanzierungsgesetzen der Länder festhalten. Die eigene Steuerkraft der Kommunen muss vor diesem Hintergrund jedoch deutlich verbessert und Konjunkturabhängiger gestaltet werden. Die Grundsteuer soll hierzu den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst und die Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftssteuer umgewandelt werden. Das jeweilige Hebesatzrecht verbleibt bei den Kommunen. Durch die Referenzsätze der Länder beim kommunalen Finanzausgleich wird ein ruinöser Steuersenkungswettbewerb weiterhin wirksam verhindert. Das Übrige Einkommen soll zukünftig sowohl bei natürlichen Personen, bei Personennunternehmen als auch bei Körperschaften einer kommunalen Wirtschaftssteuer unterliegen, die an die Stelle der bisherigen Gewerbesteuer treten kann. Damit wird die Bemessungsgrundlage für die kommunale Ertragsteuer in personeller und sachlicher Hinsicht verbreitert. Zusätzlich zu den Gewerbetreibenden wie Handwerkern, Einzelhändlern und Kapitalgesellschaften werden Land- und Forstwirte, Freiberufler und Vermieter in den Kreis der Steuerpflichtigen einbezogen. Die Bemessungsgrundlage orientiert sich primär am einkommen- bzw. körperschaftsteuerlichen Gewinn/Überschuss, muss aber um ertragsunabhängige Elemente ergänzt. Schuldzinsen werden generell hinzugerechnet. Damit wird grundsätzlich verhindert, dass der Steuerpflichtige seinem Unternehmen Eigenkapital zugunsten von Fremdmitteln entzieht.

Wir wollen einen Handlungsfähigen Staat, dafür muss er die entsprechenden finanziell Mittel vorhalten, die er aus Steuern bezieht. Über das Steuersystem muss auch eine Umverteilung organisiert werden. Wir brauchen keinen Steuersenkungswettbewerb, außerdem liegt die deutsche Steuerquote schon unter dem EU-Durchschnitt. Es gilt die unteren Einkommen zu entlasten und große Vermögen und Erbschaften zu belasten, außerdem muss die Bemessungsgrundlage erweitert werden. Eine Mehrwertsteuererhöhung halten wir für den falschen Weg. Dies würde nur weiter die unteren Schichten belasten und die Nachfrage weiter hemmen. Stattdessen muss die Mehrwertsteuer um eine dritte Stufe erweitert werden, mit der Luxusgüter stärker belastet werden. Eine Unternehmenssteuerreform wie sie derzeit die CDU forciert, darf es nicht geben. Vielmehr muss daraufhin gewirgt werden, dass die Unternehmen wieder einen angemessenen Anteil am

Steueraufkommen tragen. Es muss endlich eine funktionsfähige Wertschöpfungsabgabe gefunden werden. Die wichtigste Einnahmequelle des Staates ist die Einkommenssteuer. Dabei muss jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden. Der einfachste und nötige Weg zu mehr Einnahmen ist die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Dies kann erfolgen durch:

- Erhöhung der Erwerbsquote
- Abbau von unsinnigen Subventionen
- Einbeziehung aller privaten Einkommensarten
- Überprüfung von Abschreibungsmöglichkeiten
- Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Verfolgung von Schwarzkapital

Bloße Steuerreformen genügen nicht, es muss wirkungsvolle Möglichkeiten der Kontrolle geben. In Deutschland wird viel vom Staat erwartet, aber kaum jemand zahlt bereitwillig die Steuern. Wir sprechen uns deshalb für die Aufhebung des Bankgeheimnisses aus.

In Zukunft werden immer weitere industrielle Arbeitsplätze wegbrechen. Der viel beschworene Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft wird nicht reichen, um genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jede Entwicklung, die erfolgreich in Deutschland vollzogen wird, wird auch anderswo bald darauf nachvollzogen werden und die Vorteile verschwinden. Deshalb muss sich Wirtschaftspolitik auf ständige neue Innovationen hinzielen, um Wachstum zu erhalten. Dabei darf sich aber nicht nur auf die Exportwirtschaft beschränkt werden. Es bedarf neuer Konzentration auf regionale Kompetenzen in einem Bereich. Beispiele dafür sind die Bereiche Gesundheit, Umwelttechnik, Energie, Mobilität, Medien, Information und Kommunikation, Senioren, Ressourcen- und Rohstoffeffizienz. Nur funktionierende Cluster haben eine Chance bestehen zu bleiben und zu wachsen. Diesen Clustern muss die Wirtschaftsförderung gelten.

Der Abbau von Mitbestimmung und Kündigungsschutz schafft keine neuen Arbeitsplätze. Es gibt keine rationellen Gründe sie einzuschränken, Folge wäre nur, das die Profitmaximierung für Unternehmen durch Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen erleichtert würden. Dadurch werden auch Unternehmen in Schwierigkeiten nicht entlastet, denn gerade die Flexibilität der Gewerkschaften und der Tarifverträge bietet hinreichend Möglichkeiten zur Entlastung in solchen Fällen. Besonders absurd wird die Debatte um die Mitbestimmung, wenn die Schuld der Krise eines Unternehmens auf die Mitsprache der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, denn sie haben die Aufgabe, dort die ArbeitnehmerInneninteressen zu vertreten und nicht die Planungsfehler des Management zu verhindern. Gerade durch die Mitbestimmung ergeben sich positive Auswirkungen auf die Produktivität. Unser Ziel muss es sein diese weiter auszubauen, denn Demokratie darf nicht nur eines Sache der Politik sein, sondern gehört auch an den Arbeitsplatz.

Ein Grund für die Entmachtung der Politik ist, dass die Staaten den internationalen Finanzmärkten freien Lauf lassen und nicht die Möglichkeit ergreifen diese zu kontrollieren und zu reglementieren.

Dies kann nicht mehr auf nationaler Ebene angelegt werden, sondern muss europäisch oder im Idealfall im Rahmen der Vereinten Nationen gelöst werden. Im 19. Jahrhundert haben die Arbeiter gelernt, dass sie gemeinsam stark sind, dies müssen jetzt zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Staaten noch begreifen. Ein erster guter Ansatz war dafür die europäische Kapitalertragssteuer. Wir stehen weiterhin zur Tobinsteuer, um internationale Entwicklung zu fördern. Die Verpflichtung aus dem Grundgesetz, Eigentum verpflichtet, muss endlich auch Gültigkeit für Großunternehmen erlangen. Das heißt Gemeinwohl statt nur Shareholderinteressen, dafür müssen Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden. Massenentlassungen dürfen nicht mehr der Garant für einen steigenden Börsenkurs sein.

Unseren Forderungen für eine langfristige Entwicklung der Arbeits- und Wirtschaftspolitik müssen zwei Feststellungen vorausgehen. Das nötige Arbeitszeitvolumen für die Produktion nimmt beständig ab, somit wächst auch die gesamtgesellschaftliche „Freizeit“. Währenddessen gibt es immer mehr Aufgaben, die nicht erfüllt werden, weil sie nach marktwirtschaftlichen Kriterien nicht rentabel sind. Wir wollen eine gerechte Verteilung der Arbeit und dass alle wünschenswerten Aufgaben erfüllt werden. Unserer Ansicht sind hierfür insbesondere zwei Projekte voranzutreiben, dies sind Arbeitszeitverkürzung (AZV) und die Etablierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS).

In der Debatte um die Arbeitszeit erleben wir derzeit leider den entgegengesetzten Trend. Fest steht, dass Arbeit ungerecht verteilt ist. Zum einen gibt es diejenigen, die immer mehr Stress, Leistungsdruck und Überstunden haben und zum anderen diejenigen, die überhaupt keine Arbeit mehr haben. Eine weitere Ungerechtigkeit ist die nach wie vor zu geringe Frauenerwerbsquote. AZV kann nur durch einen Mix von gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Maßnahmen gelingen. Der erste Schritt muss ein gesetzlich begleiteter Überstundenabbau sein. In der heutigen flexiblen Arbeitswelt ist eine bloße Orientierung an der Wochenarbeitszeit verfehlt, es muss ein Ansatz bei der Lebensarbeitszeit gefunden werden. Dabei kann ein festes Renteneintrittsalter keinen Platz mehr haben, die Frage ist, wie man die Lebensarbeitszeit entzerren kann, um Zeiträume für Fortbildung, Kindererziehung, Pflege und ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen. Wir brauchen einen Ausbau von Teilzeit- und Jobrotationsmöglichkeiten. Zu überprüfen ist des Weiteren, in wie weit staatlich verordnete und finanzierte AZV nach dem Vorbild Frankreich sinnvoll ist.

Voraussetzung für die Schaffung eines ÖBS ist zunächst eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik, bestehend aus branchenbezogenen Clustern mit neuen Wertschöpfungsketten und regionalen Netzwerken von Politik, AG AN und anderen gesellschaftlichen Akteuren. Der ÖBS soll in den Bereichen ÖPNV, Kultur, soziale Dienstleistungen, Betreuung, Lebensraumförderung, Umwelt und Haushaltsnahendienstleistungen greifen und orientiert sich an den Punkten bedarfsorientierte Projekte und gezielte Angebotslückenschließung. Dies könnte durch Dienstleistungsagenturen, soziale Betriebe oder Beschäftigungsgesellschaften erreicht werden. Damit kann auch die Neugründung von Unternehmen gefördert werden, die Personal- und Sachleistungen bekommen könnten. Die Entscheidungen müssen auf der regionalen Ebene getroffen werden und vom Bund kontrolliert werden.

2. Sozialstaat

Der deutsche Sozialstaat wurde in seinen Grundzügen im 19. Jahrhundert von Bismarck als Mittel gegen die Sozialdemokratie eingeführt und er beruht auf dem Prinzip der Solidarität unter den Arbeitenden. Dieses reicht heute nicht mehr aus. Die bisherigen Reformen zielten lediglich darauf ab die nicht mehr funktionierenden Systeme noch etwas länger am Leben zu erhalten. Das bloße Drehen an den Finanzschrauben reicht nicht aus. Dem Sozialstaat kommt eine immer wichtigere Bedeutung zu. Jedes Einkommen soll herangezogen, gleich belastet und jeder bekommt die nötigen Leistungen. Solidarität erfordert eben, dass alle gemeinsam, je nach Leistungsfähigkeit die gesellschaftlichen Risiken auffangen. Der Sozialstaat der Zukunft muss nach drei Kriterien beurteilt werden, inwieweit die eingesetzten Mittel effektiv den Leistungsempfängern helfen, inwieweit er alle Bedürftigen erreicht und in welchem Maße er einen Beitrag zur Umverteilung leisten kann. Wir sprechen uns für die Beibehaltung eines umfassenden Versicherungssystems aus, dass durch Steuermittel im geeigneten Rahmen ergänzt werden muss. Das Prinzip der Bürgerversicherung, wie es für den Gesundheitsbereich vorgesehen ist scheint uns der richtige Ansatz zu sein. Es gilt zu prüfen, ob sie auch für andere Bereiche geeignet ist.

Die solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich ist aus der öffentlichen Diskussion fast wieder verschwunden, da die CDU/CSU mit ihrem Kopfpauschalmodell-Kompromiss keine funktionierende Alternative anzubieten hat. Somit hat die Bürgerversicherung auch ihre Bedeutung für den Bundestagswahlkampf 2006 verloren. Nichts desto trotz muss die Bürgerversicherung eines der sozialdemokratischen Zukunftsprojekte bleiben. Nach der Vorlage der Eckpunkte von der Nalles-Kommission bleiben für uns Juros noch einige Eingriffsfelder. Bei der Frage nach der Art der Beteiligung von Kapitaleinkommen sprechen wir uns für die zweite Variante aus, nach der Kapitaleinkommen durch einen Aufschlag auf die Kapitalertragssteuer herangezogen werden. Optimal wäre auch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, allerdings sind wir uns im Klaren darüber, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist. Aber eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung ist kein Problem. Bei der Anhebung auf 5100 Euro könnte der Beitragssatz um 0,9% gesenkt werden. Teil der Bürgerversicherung ist auch die Beibehaltung des aktuellen Leistungskatalogs, dessen Umfang wir für sehr ausbauungsbedürftig halten. Mindestens Sehhilfen und Zahnersatz müssen umgehend wieder aufgenommen werden. Im Gesundheitsbereich genügt es aber nicht, nur durch die Bürgerversicherung die Finanzierung zu reformieren, sondern es bedarf auch noch weiterer Strukturreformen. Hier müssen auch Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheken ihren Beitrag leisten, dafür müssen auch die bisher erarbeiteten Konzepte, wie beispielsweise die Positivliste, umgesetzt werden. Dazu gilt es, zukünftig mehr auf Prävention und Vorsorge zu achten. Die Sparmaßnahmen müssen aber an der richtigen Stelle ansetzen und dürfen nicht zu weiterem Personalabbau in Krankenhäusern führen.

Die Arbeit ist das zentrale Element unserer Gesellschaft. Sie ist die Grundlage unseres Wohlstandes und die Form ihrer Organisation ist die Basis unserer Gesellschaft. Durch Arbeit wird das Bewusstsein und das Selbstbewusstsein der Menschen geprägt. Sie soll Selbstständigkeit, materielle Unabhängigkeit und soziale Anerkennung ermöglichen. Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht.

Das wichtigste ist neue Arbeitsplätze geschaffen werden, allerdings ist eine baldige Vollbeschäftigung nicht absehbar. Deshalb muss der Sozialstaat dort eingreifen wo Arbeitslosigkeit ist oder droht. Derzeit heißt die Antwort Hartz IV. Der Schritt Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen ist sicherlich der richtige Schritt, es gibt aber vieles Grundsätzliches und in der Konkreten Umsetzung zu kritisieren. Die Regierung hat eine Auswertung nach einem Jahr angekündigt, aber schon jetzt sind viele erforderliche Nachbesserungen ersichtlich, Anpassung der Leistungen im Osten an Westniveau, höhere Freibeträge für die Altersversorgung, Neubestimmung der 58er-Regelungen, Entschärfung der Zumutbarkeitskriterien, Vereinfachung der Anträge, Besserstellung von Kindern und die Garantierte Einführung der versprochenen Förderpläne. Dies kann aber nur der vorläufige Anfang sein. Wir brauchen eine Grundsätzlichere Debatte darüber, was den Grundbedarf eines Menschen decken kann, wie Übergänge im Erwerbsleben organisiert werden können und wie drohende Arbeitslosigkeit schon im Vorfeld verhindert werden kann.

Unsere Alternative, die Arbeitsversicherung, bedeutet den radikalen Umbau des Systems. Arbeitslosigkeit ist gesamtgesellschaftliches Problem, dass von dem einzelnen Arbeitslosen nicht persönlich zu verantworten ist. Deshalb muss auch das Risiko Arbeitslosigkeit solidarisch abgesichert werden. Es muss eine Konzentration auf die Vorsorge geben, denn was die Menschen in Arbeit hält ist sinnvoller und günstiger als bloßes Einspringen im Ernstfall. Heute wandelt sich das benötigte Wissen ständig, somit sind Weiter- und Fortbildung die Grundvoraussetzung für eine sichere Beschäftigung. Die Arbeitsversicherung ist eine Pflichtversicherung für alle Beschäftigten. Dies bedeutet auch die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen. Dadurch wird nicht nur zum Solidaritätsgedanken beigetragen, sondern auch die Kontinuität der sozialen Sicherheit gewährleistet. Es soll nicht erst dann eingegriffen werden, wenn Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Die Erwerbstätigen erwerben durch ihre Leistungen Ansprüche, z.B. auf kürzere Arbeitszeit und auf kostenlose Teilnahme an Qualifikationsmaßnahmen. Diese sollen sie sowohl in der Erwerbszeit, als auch in Übergangszeiten einlösen können. Mit ihrer Hilfe sollen auch neue Formen des Renteneintritts geschaffen werden. Außerdem kann im Zuge der Arbeitsversicherung Erwerbsfreie Zeit für die Kindererziehung abgesichert werden. Somit ist die Arbeitsversicherung ein wichtiger Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die Mittel müssen den Arbeitnehmern zugute kommen und nicht als Kombilöhne die Kosten der Unternehmen senken. Es gilt der Grundsatz des Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen und damit der Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit konsequent umgesetzt werden. Dafür muss die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in der Arbeitsversicherung gebündelt und verstetigt werden. Sie erhält somit eine lebensbegleitende Funktion.

Auch wenn sie derzeit nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, bedarf es auch eines Umbaus des Rentensystems. Die Altersarmut nimmt momentan zwar ab, dies liegt aber vor allem an den homogenen Erwerbsbiographien derer, die in den letzten Jahren aus dem Erwerbsalter ausgeschieden sind. Wobei man aber die Probleme der vorwiegend aus Frauen bestehenden Gruppe, die noch auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind. Durch die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung ist die Rentenkasse in Finanznot geraten, da nicht im

gebotenen Maße das Erwirtschaftete zur Finanzierung herangezogen wurde. Schon heute muss die Rentenkasse durch Steuermittel ergänzt werden. Dies wird sich in Zukunft noch ausweiten müssen, wir schlagen hierfür die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe vor. Kapitalgedeckte Renten können im großen Umfang nicht die sichere Finanzierbarkeit gewährleisten. Rentenansprüche richten sich heute vor allem auf Dauer und Höhe des Erwerbseinkommen. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und die brüchigen Erwerbsbiographien erlangen immer mehr Menschen nur noch geringe Rentenansprüche und sind gleichzeitig nicht in der Lage private Vorsorge zu tätigen. Wir schlagen zum ersten vor das Bürgerversicherungssystem auf alle Einkommensarten zu übertragen. Die Rente der Zukunft sollte aus drei Bausteinen bestehen. Wir brauchen eine garantierte Grundrente, die einen würdigen Lebensstandard garantiert, sie soll durch Aufschläge ergänzt werden, die sich an den eingezahlten Beiträgen orientieren. Die dritte Anspruchsart besteht aus weiteren Zuschlägen, die nach einem Punktesystem für Kindererziehung, Pflege, ehrenamtliches Engagement und weiteren förderungswürdigen Tatbeständen erworben werden können.

3. Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinder sind eines der größten Armutsrisiken, Kinder und Karriere lassen sich nicht vereinbaren, Kinder sind die Zukunft, die Ausbildung der Kinder bestimmt ihre Lebensperspektive, ihre Bildungslaufbahn ist im hohen Maße von der sozialen Stellung ihrer Eltern abhängig. Dies sind große Probleme unserer Gesellschaft, die es schnellstens abzustellen gilt. Neben den schon angesprochenen Maßnahmen muss in den Bereichen Armutsbekämpfung, Betreuung, Elternzeit, Beratungsangebote und Bildung gehandelt werden. Ziel dabei ist es nicht, mehr Kinder zu erkaufen, sondern die lebenden bestmöglich zu fördern. Es geht nicht darum das Kinderkriegen zu belohnen, sondern die dadurch entstehenden Nachteile zu minimieren. An diesem Punkt setzt auch der Gleichstellungsaspekt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Kinderbetreuung ist ein wichtiger, aber eben nur ein Aspekt der Gleichstellungspolitik.

Die Notwendigkeit zur Ausweitung von Betreuungsmöglichkeiten ergibt sich aus mehreren Gründen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Kinderförderung und Kinderarmutsbekämpfung. Betreuungsmöglichkeiten muss es für alle Kinder geben, gerade auch für diejenigen, deren Eltern arbeitslos sind, wir wollen das Recht auf einen Kindergartenplatz auch auf andere Betreuungsmöglichkeiten ausweiten und dafür sorgen, dass sie von allen wahrgenommen werden können, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Deshalb schlagen wir vor, mit einer Familienkasse Betreuungsgutscheine zu finanzieren, mit denen die Eltern die Betreuung bezahlen können, die für sie geeignet ist. Wo es betriebliche Kinderbetreuung gibt, ist dies positiv zu bewerten, wo es aber nicht genug gibt, muss der Staat sie schaffen, oder mit anderen Trägern kooperieren. Es reicht nicht Kinderbetreuung von 8-12 Uhr zu gewährleisten, dies entspricht nicht den Erwartungen von Erwerbstätigen. Es gilt vielseitige Angebote zu fördern, sowohl Kitas, Kindergärten und Horte, als auch

Tagesmütter/-väter. Zu einer effektiven Betreuungsstrategie gehört auch die verlässliche Grundschule und eine Ganztagschule, in der mindestens auch betreute Hausaufgabenhilfe angeboten wird. Für eine frühzeitige Förderung wollen wir das letzte Kindergartenjahr verpflichtend machen, dieses muss dann selbstverständlich kostenfrei sein. Es darf sich aber nicht nur auf Kinderaufbewahrung beschränkt werden, es kommt gerade auch auf ein qualifiziertes Bildungsangebot in allen Einrichtungen an. Es wird immer deutlicher, wie enorm wichtig die vorschulische Bildung ist, deshalb muss auch der Kindergarten schon mit geeigneten Mitteln für die Bildung der Kinder sorgen. Die Kommunen sind nicht in der Lage dieses zu realisieren, deshalb fordern wir, dass das Personal zukünftig vom Land getragen wird und die Kommunen nur noch für die Errichtung und Ausstattung der Kindergärten zuständig sind.

Betreuung alleine reicht aber nicht, es bedarf auch neuer Formen der Elternzeit. Sie muss gesetzlich garantiert sein. Wir stellen uns ein Modell vor, bei dem zustehende Freizeit von 2 Jahren je nach Bedarf auf die ersten 5 Lebensjahre des Kindes verteilt werden können. Wir wollen auch mehr Väter zur Inanspruchnahme der Elternzeit bringen. Dafür wäre es möglich, eine längere Elternzeit anzubieten, wenn sie zwischen den Elternteilen aufgeteilt werden. Fraglich ist noch, inwieweit die Elternzeit durch staatliche Lohnersatzleistungen gefördert werden kann und sollte. Freizeit und Geld sind aber in dieser Hinsicht nicht die einzigen Probleme, für fast alle Frauen bedeutet die Babypause einen nie wieder aufzuholenden Karrierenick. Um dem entgegenzuwirken muss es Auffrischungs- und Weiterbildungsangebote optional geben. Die Elternzeit kann nicht auf eine Möglichkeit verallgemeinert werden, sondern muss so flexible sein, dass sie individuell auf die jeweilige Lebenssituation angepasst werden kann. Es gilt für jede/jeden Einzelne die richtige Mischung aus Freizeit, Teilzeit und Bildung zu finden.

Heute müssen in Deutschland 1,5 Millionen Kinder von Sozialleistungen auf Höhe von ALG II leben, 209 Euro im Monat. Das bloße Steigern dieses Betrages garantiert noch keine Verbesserung der Situation von Kindern. Der richtige Weg ist nicht, das Kindergeld zu erhöhen, denn so werden enorme Finanzen auch dort investiert, wo sie eigentlich nicht nötig wären. Zielgerechter wäre ein Angebot von kindesbezogenen Sachleistungen und Infrastruktur. Unabdingbar ist auch, die Ausbildungskosten für die Eltern zu senken und sie nicht durch Studiengebühren und Abschaffung der Lernmittelfreiheit zu erhöhen. Somit sind zwei Schritte zur Bekämpfung der Kindesarmut nötig, zum einen müssen sie bei Sozialleistungen angemessen berücksichtigt werden und zum anderen von Kindern in Anspruch genommene Infrastruktur kostenfrei genutzt werden können.

Diese Maßnahmen müssen finanziert werden und auf Grund ihrer Dringlichkeit brauchen wir schnell erhebliche Mittel. Das Ehegattensplitting steht nicht im Grundgesetz, es fördert ausschließlich die Ehe und nicht Kinder. Deshalb muss es in ein Realsplitting umgewandelt werden, so können mehrere Milliarden eingespart werden. Um deutlich zu machen, in welchem Umfang Familien mit Kindern gefördert werden schlagen wir vor, diese freigewordenen Mittel in eine zu gründende Familienkasse zu überführen, aus der Maßnahmen der Betreuung und andere Sachleistungen finanziert werden. In diese Familienkasse sollen auch Mittel für das Kindergeld eingehen, um gezieltere Förderung von

bedürftigen Kinder zu ermöglichen. Zu prüfen bleibt noch, welche weiteren Einnahmen in Frage kommen können.

Bildung ist ein Grundrecht! Wir wollen, dass jeder junge Mensch die Möglichkeit erhält, entsprechend seiner persönlichen Fähigkeiten die bestmögliche Bildung zu bekommen, unabhängig von seinem sozialen Hintergrund. Bildung ist aber auch mehr als bloße Befähigung für den Arbeitsprozess. Wir haben noch andere Maßstäbe. Bildung hat einen Eigenwert für die Entfaltung der Persönlichkeit: nur wer lernt, was Demokratie mit humanistischen Anschauungen ist, kann auch dafür gewonnen werden. Die nachfolgenden Generationen werden nicht mehr aus erster Hand erfahren können, was die Alternativen sind. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe – wer Menschen die Möglichkeit nimmt, zu lernen, nimmt ihnen auch die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Bildung muss lebenslang und auf allen Ebenen der Gesellschaft ausgebaut und weiterentwickelt werden. Sie beginnt schon im Kindergarten und führt über Schule, Ausbildung und Hochschule in den Beruf. Um dies zu gewährleisten bedarf es auch finanzieller Anstrengungen, wir fordern die Vereinbarung von Lissabon endlich umzusetzen, nach der drei % vom BIP in Bildung investiert werden müssen. Stattdessen scheitert die Föderalismuskommission am Punkt Bildung und zwar zurecht. Alle sind sich über die Bedeutung von Bildung einig, somit ist nicht ersichtlich, warum der Bund in Zukunft noch weniger in Sachen Bildungspolitik handeln können soll. Gerade in der Debatte um die richtige Schulstruktur wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die SPD und nicht die CDU, die Bildungspolitik auf Länderebene bestimmen kann. Wir wollen das dreigliedrige Schulsystem überwinden und nach den Erkenntnissen der PISA-Studie ganztägige Schulen, in denen die Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen können. Deshalb begrüßen wir das Investitionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung von Ganztagschulen. Wir müssen darauf drängen, dass dieses Ansinnen nicht von CDU-Landesregierungen verhindert wird, indem sie zwar neue Ganztagschulen zulassen, aber weder Lehrer noch anderes Personal zur Verfügung stellen.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das Verbot von Studiengebühren durch den Bundestag rechtswidrig ist und sofort stellten sich zahlreiche Unionspolitiker vor die Presse um zu erklären, dass sie in ihren Ländern schnellstmöglich Studiengebühren einführen werden. Nun sind die SPD-Landesverbände gefordert, die Einführung von Studiengebühren zu verhindern. Die Union will mit Elitenbildung breiten Milieus den Zugang zur Hochschule verschließen. CDU/CSU werden durch die Einführung von Studiengebühren die soziale Ausgrenzung von Studierwilligen aus einkommensschwachen und Mittelstands-Familien an den deutschen Hochschulen weiter verschärfen. Wir stehen für eine moderne und gerechte Bildungspolitik mit dem Anspruch, allen Menschen die gleichen Chancen zu geben. Ein Studium wird durch die Einführung von Studiengebühren für alle sozialen Herkunftsgruppen deutlich erschwert. 500 Euro pro Semester sind nur der Anfang, schon jetzt fordern CDU-Politikerinnen und Politiker weitaus höhere Gebühren. Es ist richtig, dass wir zusätzliche finanzielle Mittel für die Hochschullandschaft brauchen, Studiengebühren aber zu einer nachhaltigen Verbesserung der Finanzsituation nicht beitragen. Die CDU schwächt mit der Einführung von Studiengebühren den Wissenschaftsstandort Deutschland und trägt dazu bei, dass Deutschland im internationalen Vergleich der Studierquoten weiterhin im unteren Drittel bleibt.

E.) Jetzt und Konkret

Der Bezirk ist nichts anderes als die Summe seiner Untergliederungen und einzelnen Mitglieder. Besteht der Bezirk also aus Unterbezirken, kann es keine „Bezirksjusos“ geben. Dieses wie jedes Bezirksarbeitsprogramm kann daher nicht nur für den Bezirksvorstand gelten; es stellt vielmehr eine Vereinbarung zwischen allen aktiven Jusos dar, worauf wir in den AGen, Unterbezirken und im Bezirk unsere Arbeitskraft gemeinsam konzentrieren. Nicht nur der Bezirksvorstand muss sich daher an diesem Arbeitsprogramm messen lassen – wir alle müssen dies in gleicher Weise tun!

Die wichtigsten grundsätzlichen Funktionen des Bezirkes sind:

- die programmatische Weiterentwicklung der Jusos zu organisieren
- Bildungsarbeit zu leisten
- die Jusos des Bezirks in Landes- und Bundesverband zu vertreten
- die Vernetzung der aktiven Jusos zu fördern
- die Unterbezirke bei der Verwirklichung des Arbeitsprogramms zu unterstützen!

Der Bezirk kann alleine nicht funktionieren, nur wenn es regelmäßig Rückmeldung, Ansprüche und Mobilisierung aus den Unterbezirken gibt.

a. Tagespolitik

Der Bezirksvorstand führt in unregelmäßige Abendveranstaltungen zu jeweils aktuellen tagespolitischen Themen durch. Hierdurch sollen die Aktiven in den Unterbezirken Argumentationsgrundlagen für eigene Veranstaltungen erhalten und inhaltlich fortgebildet werden. Hierzu sollten jeweils so hochkarätige Referenten wie möglich gewonnen und Einladungen zu den Veranstaltungen so früh wie möglich versendet werden. Diskutiert werden sollen aktuell auf Bundes- oder Landesebene diskutierte oder andere von den Unterbezirken eingebrachte Themen. Die Veranstaltungen sollen werktags abends stattfinden und nicht länger als drei Stunden dauern.

b. BeVo

Der Bezirksvorstand trifft sich in regelmäßigen Abständen zu öffentlichen Sitzungen. Inhalt dieser Sitzungen sind – neben strukturellen, personellen und organisatorischen Fragen – die Vorbereitung der programmatischen Arbeit und insbesondere die Organisation der im Folgenden aufgezählten Vorhaben.

c. Bezirksplena

In der letzten Wahlperiode haben wir erstmals regelmäßige Bezirksplenen eingeführt. Das Bezirksplenum ist ein Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig, um die politische Diskussion zu führen. Sie werden gemeinsam vom Bezirk mit einem Unterbezirk durchgeführt. Dort sollen die nichtbehandelten Anträge der Bezirkskonferenz diskutiert werden und die UBs ihre Arbeit vorstellen. Des Weiteren soll es dazu dienen, wichtige politische Diskussionen zu führen und die Arbeit der Projekte im größeren Rahmen zu behandeln. Die ersten Erfahrungen waren sehr positiv, deshalb wollen wir das Bezirksplenum zu einer beständigen Einrichtung machen.

d. Projektorientierung

Wir wollen die Inhaltliche Arbeit in Projekten vorantreiben. Es ist unser Anspruch, dass jedes Mitglied im BeVo sich für ein Projekt entscheidet und dieses mit anderen Interessierten vorantreibt. Projekte können auch von Jusos geschaffen werden, die nicht stimmberechtigt in den BeVo gewählt worden sind.

- 1.
- 2.
- ...

e. Mini-Kampagnen

Wir wollen die Mini-Kampagnen des Jusos-Bundesverbandes mittragen. Hierfür haben wir bereits eine Kampagnenkonvention durchgeführt. Unser Ziel ist es, dass es jeweils in jedem UB eine Veranstaltung geben soll. Wir werden als Bezirk die nötigen Materialien beschaffen und jeweils eine Musterveranstaltung für die Ubs entwickeln. Dies ist zugleich auch ein Test unserer Kampagnenfähigkeit.

f. Verbandstag

Politik ist mehr als 5 Männer im schwarzen Anzug, die auf die Fragen einer blonden Moderatorin immer die gleichen Antworten geben. Wir Jusos wollen Politik durch konkrete Erfahrungen erlebbar machen. Dazu gehört nicht nur die innerverbandliche Gremienarbeit, sondern auch freie Diskussion und Spaß. Nicht alle, die zu uns kommen, wollen nur das politische Alltagsgeschäft mitgestalten. Viele wollen einen Einstieg in die Politik bekommen und sehen Jusos als Teil ihrer Freizeitgestaltung an. Dies wollen wir auf einem Verbandstag umsetzen. Wir wollen einen ganzen Tag für alle Jusos und weitere Gäste organisieren, an dem die Projekte des Bezirkes vorgestellt werden sollen und so ein Einstieg in die gemeinsame Diskussion gefunden werden kann. Des Weiteren wird noch ein umfangreiches Programm zur Unterhaltung angeboten werden. Dies soll auch dazu beitragen, dass wir Jusos aus den unterschiedlichen Unterbezirken uns besser kennen lernen. Dies ist die Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit in der Zukunft.

g. Fragen- und Themenklausuren

Wir wollen die inhaltliche Diskussion innerhalb des Bezirks weiter intensivieren. Da in der alltäglichen Arbeit und die Konzentration der Aufgaben auf Wenige die inhaltliche Arbeit zu kurz kommt, werden wir feste Einrichtungen für die Fortentwicklung wichtiger Fragen und Themen schaffen. Dies soll in ein- und zweitägigen Klausurtagungen geschehen.

h. Bildung

Juso-Basic-Seminar

Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden.

Die Basic-Seminare werden auf Anfrage der Unterbezirke angeboten.

Funktionärsschulung

Die Funktionärsschulung richtet sich an Jusos, die sich aktiv an Juso-Gremien beteiligen wollen. Die auf den verschiedenen Seminaren behandelten Gebiete bilden eine Gesamtqualifikation, die die Teilnehmer befähigen soll, politische Ämter innerhalb des Verbandes zu übernehmen und eigene Projekte zu initiieren.

Die Schulung besteht aus einem organisatorischen Element, welches Fragen wie Haushaltsaufstellung und -beantragung, Erstellung eigener Satzungen (ob und wie), Durchführung von Unterbezirkskonferenzen etc. behandelt.

Der rhetorische Teil bereitet auf Antragsbegründungen und Redebeiträge für Juso-Konferenzen und Parteitage vor und erläutert den formellen Ablauf der Antragsberatung.

Das dritte Element beschäftigt sich mit dem politischen Mandat, Verantwortlichkeiten und Befugnissen gewählter Vertreter (z.B. im Unterbezirksvorstand) und dem Stellenwert von Konferenz- und Vorstandsbeschlüssen.

i. Bundesverband / Landesverband

Zur Vorbereitung der Landeskongressen, Bundeskongressen sowie Bezirksparteitagen führt der Bezirk Vorbereitungstreffen, bei Bedarf auch Wochenendveranstaltungen, durch. Auf diesen werden die inhaltlichen und Personalanträge beraten und diskutiert. Wenn nötig und möglich, werden die Treffen mit anderen Bezirken, Juso- oder SPD-Gliederungen durchgeführt.

Mindestens ein Bezirksvorstandsmitglied nimmt an den regelmäßig stattfindenden Verbandswochenenden des Juso-Bundesverbandes teil.

j. Wahlkampf

Ein Jahr ohne Wahlkampf!!!

Es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!